

Die Gefährdete Generation

Studienergebnisse Teil 3

Die GfK-Studie zum Thema „Altersvorsorge: Gefährdete Generation“ wurde in den Jahren 2017, 2018 und 2020 im Auftrag der Generali Lebensversicherung AG unter 1.012 Befragten im Alter von 18 bis 32 Jahren erhoben.



1. Die Young Generation kann mit dem Status Quo zur Altersvorsorge in der Politik wenig anfangen.

Fakt 1

Mehr als zwei Drittel der so genannten Millennials

70,3%

finden ihre Generation unzureichend in der Politik beachtet.

Fakt 2

56,1%

Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 32 Jahren halten nichts von der Option, für eine bessere Rente länger zu arbeiten. Sie sind nicht bereit, länger als bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten.

Fakt 3

Die meisten dieser Generation werden nicht vor 2060 in Rente gehen – daher reichen für

74,9%

die derzeitige Rentenprognose bis 2030 einfach nicht aus.

2. Junge Menschen fordern bessere Lösungen für ihre Zukunft.

Die 3 Forderungen junger Menschen an die Politik:

1. 37,5 Prozent der Millennials fordern, dass die Politik sie besser über das Thema Altersvorsorge informieren soll.
2. 27,6 Prozent wünschen sich, dass die Politik enger mit Versicherern und privaten Anbietern im Bereich der Altersvorsorge zusammenarbeiten soll
3. In die gesetzliche Rente an sich haben junge Menschen offenbar den Glauben verloren: Lediglich 0,5 Prozent wollen, dass die gesetzliche Rente gestärkt wird.

Alarmierend:

14,9%

der Millennials geben an, nicht zu wissen, was sie erwarten sollen.

63,7% der jungen Frauen und **51,3%** der Männer fordern mehr bzw. andere und konkretere Lösungen zur Altersvorsorge über die gesetzliche Rente hinaus von der Politik. Im Schnitt macht dies **57,4%** der jungen Menschen zwischen 18-32 Jahren aus.

3. Die Rentenpolitik wirkt sich auf die Wahlentscheidung aus.

Die Gründe sind:

76,9%

der jungen Menschen fühlen sich aufgrund der zweifachen Belastung aus „Versorgen und Vorsorgen“ sozial benachteiligt.

1. **49,0%** finden, dass das Verhältnis nicht stimmt: viel in den Rententopf einzuzahlen und dafür selbst nur unzureichend im Alter abgesichert zu sein, ist ihrer Meinung nach nicht fair.
2. **19,3%** der jungen Menschen halten das Verteilungsprinzip per se für ungerecht.
3. **3,5%** sind der Meinung, dass der Generationenvertrag generell nicht mehr funktioniert.

Die Folge:

Aus diesen Gründen geben zwei von drei jungen Menschen an, dass die Rentenpolitik der Parteien die eigene Wahlentscheidung bei der nächsten Bundestagswahl beeinflussen wird

65,3%